

»Putin will, dass Gelder zurück nach Russland fliessen«

Rettungsgelder für Zypern aus dem Osten: Russische Oligarchen sollen für den Euro bluten. Lässt Wladimir Putin dies zu? Dazu Russland-Kenner Hans-Henning Schröder.

19.03.2013

Herr Schröder, was löst die vorgesehene Zypern-Rettung in Russland aus?

In der russischen Presse ist ein gemischtes Echo zu hören. Einerseits ist man beleidigt, weil die Steuer auf Bankguthaben viele Russen treffen würde. Zudem wurde Russland von der EU nicht in die Verhandlungen miteinbezogen. Andererseits ist eine gewisse Schadenfreude zu spüren, weil primär reiche Oligarchen und korrupte Beamte von der Steuer betroffen wären.

Bahnt sich in Zypern ein neuer Konflikt zwischen West und Ost an?

Ich würde die aktuellen Geschehnisse nicht als Kräftemessen zwischen Europa und Russland werten. Für Europa besteht das Problem offensichtlich darin, dass ein Kleinstaat wie Zypern das ganze Währungsgefüge destabilisieren kann. Diesen Zustand möchte man verständlicherweise korrigieren. Als wichtiger Geldgeber für Zypern hätte Russland aber zumindest erwartet, in die Verhandlungen miteinbezogen zu werden. Die russische Führung hat dies gestern sehr deutlich gemacht.

Hat die EU einen strategischen Fehler begangen, indem man Russland aussen vor gelassen hat?

Es war zumindest ein ungeschicktes Vorgehen, keinen russischen Vertreter bei der Schnürung des Pakets dabeizuhaben. Das ist etwas unverständlich, weil allen Involvierten klar gewesen sein muss, dass Russland ein wichtiger Akteur auf der Insel ist. Russland ist seinerseits ja nicht verpflichtet, seinen vor wenigen Jahren gegebenen Kredit an Zypern zu erneuern.

Sind es denn wirklich nur superreiche Russen, die Geld in Zypern angelegt haben?

Genau weiss man dies nicht. Zypern ist für Russland eine klassische Destination, über die sogenannte Round-Trip-Finanzierungen abgewickelt werden: Das heisst, dass Russen Milliarden von Geldern nach Zypern überweisen, um sie vor dem Staat zu verstecken. Von dort aus werden sie später wieder in Russland, aber auch in anderen Ländern weiter investiert. Rund ein Drittel des gesamten russischen Auslandskapitals stammt dabei von der Mittelschicht: Diese Menschen kaufen sich zum Beispiel eine Wohnung in Bulgarien, in Montenegro, oder auch in Deutschland oder Österreich.

Auch Superreiche werden eher in Sachwerte als in Bareinlagen investiert haben.

Davon gehe ich aus. In den Depots der Oligarchen auf Zypern dürften Aktien und andere Wertpapiere in grossem Umfang lagern. Zypern ist auch nicht der Ort, wo man das Kapital produktiv investieren würde und eine Fabrik bauen könnte. Länder wie Zypern oder auch die Schweiz – die grösste Destination für russisches Auslandsvermögen – dienen primär dazu, das Geld in Sicherheit zu bringen. Für reale Anlagemöglichkeiten kommen eher Länder wie die USA infrage.

Wie steht die russische Regierung eigentlich zu all diesen Geldflüssen?

Im letzten Halbjahr hat eine interessante Entwicklung stattgefunden. Wladimir Putin macht

zunehmend rhetorischen Druck auf Bürger, die ihr Geld ausser Landes schaffen. In seiner Rede zur Lage der Nation vom Dezember hat er den Begriff der «De-Offshorisation» geprägt: Putin will, dass Gelder zurück nach Russland fliessen. Auch wenn die Oligarchen noch nicht gerade als Staatsfeinde gelten, so wird ihr Verhalten doch zunehmend als unpatriotisch kritisiert.

Steckt hinter dieser Rhetorik ein echtes Bemühen?

Ein Gesetzesentwurf vom August 2012 will Beamten, Abgeordneten und Politikern – kurz, der gesamten politischen Klasse – untersagen, Konten im Ausland zu führen und Immobilien zu erwerben. Bei der Bevölkerung stossen diese Pläne auf grosse Zustimmung. Das von Kreml-geförderten, nationalpatriotischen Bewegungen geschaffene Feindbild des Bürokraten, der sich bereichert hat und nun das Geld nach aussen schaffen will, stösst auf breite Akzeptanz.

Wie steht es mit den Wirtschaftsoligarchen?

Die Symbiose zwischen Oligarchen und ihren «Paten» in der Politik verändert sich. Putin beginnt, die Regeln neu zu formulieren. Das zeigt beispielsweise der Fall von Gennadi Timtschenko, dem in der Schweiz lebenden Mitbegründer der Ölfirma Gunvor.

Was ist mit ihm?

Als ehemaliger Geheimdienstler und Freund von Wladimir Putin hat Timtschenko nach 1991 eine klassische Oligarchenkarriere gemacht, indem er russische Ölkontrakte vermittelte (Anm. d. Red.: siehe Box mit einer Stellungnahme). Heute ist er einer der grössten internationalen Ölhändler mit Sitz in der Schweiz. Seit Anfang 2012 der Druck zugenommen hat, dass er nach Russland zurückkommt, bemüht sich Timtschenko um einen «patriotischeren» Umgang mit seinem Geld. Anderen Oligarchen geht es ähnlich.

Welche Botschaft würde Putin an diese Leute richten, wenn er seinen Segen zur geplanten Vermögenssteuer in Zypern gäbe?

Für Putin ist dies eine zweischneidige Sache. Einerseits nützt ihm die Trockenlegung der Steueroase Zypern beim Anliegen, russische Gelder zurück ins russische Finanzsystem zu holen – auch wenn diese Gelder aus Zypern zunächst eher in Drittländer wandern, als nach Russland zurückkehren. Sollten in Zypern tatsächlich die kolportierten 15,6 Prozent Vermögen eingezogen werden, so würde diese Massnahme aber auch regierungsnahen Kreise treffen. Es sich mit ihnen zu verderben, daran hat Putin geringes Interesse.

Wie stark ist der russische Präsident wirklich?

Auch wenn es momentan keine politische Alternative zu ihm gibt: Putins Macht ist nicht unbegrenzt. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 spricht der russische Präsident mit zunehmender Wut von der Eindämmung der Korruption – Erfolge hat er kaum vorzuweisen. «Einiges Russland» gilt in der Bevölkerung als Partei der Diebe und Gauner. Und dies nicht erst seitdem Wladimir Pechtin, Duma-Abgeordneter und Vorsitzender der Ethikkommission, im Zuge eines Enthüllungsskandals um seinen nicht deklarierten Immobilienbesitz in den USA kürzlich seinen Rücktritt erklärt hat. Aktuell stehen zahlreiche Politiker unter öffentlichem Beschuss.

Welche Signale sind in den nächsten Tagen aus Moskau zu erwarten?

Vermutlich wird man das Interesse der russischen Bürger voranstellen und den Zyprioten bestimmte Konditionen bei der Verlängerung des Kredits abverlangen. Wahrscheinlich werden die Bemühungen in die Richtung gehen, die Geldflüsse unter stärkere Aufsicht zu

bringen: So könnte der Kreml sein Gesicht wahren und gleichzeitig die Oligarchen stärker kontrollieren, ohne ihre Geschäfte allzu stark zu behindern.

Die Finanzaufsicht hätte man schon in der Vergangenheit stärken können.

Der Fall Zypern böte für Putin durchaus Möglichkeiten, sich als Kämpfer gegen die Korruption zu profilieren. Inwiefern er diesen Kampf tatsächlich führen will oder kann, bleibt abzuwarten. Anschauliche Beispiele für Vetternwirtschaft gibt es ja genug. Zum Beispiel bei Putins Freund Sergei Iwanow, dessen Sohn schon als 23-Jähriger zum Vizepräsidenten der Gazprom-Bank gemacht worden war. Seit einem Jahr ist Sergei Iwanow auch Chef der russischen Präsidentialverwaltung. Offenbar gewichtet Putin den Nutzen dieser familiären Wirtschaftsnetzwerke in der Politik noch immer als sehr hoch.

Stellungnahme

Durch seinen Medienvertreter lässt Guennadi Timtschenko folgendes ausrichten: »Die Behauptung, Herr Timtschenko und Präsident Putin hätten eine gemeinsame Geheimdienstvergangenheit oder gemeinsame geschäftliche Aktivitäten, ist völlig unhaltbar. Guennadi Timtschenko war nie Geheimdienstmitglied und kann folglich nicht ein ehemaliger Kamerad von Präsident Putin in dieser Organisation gewesen sein. Im Übrigen sind Herrn Timtschenkos Investitionen von wirtschaftlichen, nicht «patriotischen» Überlegungen bestimmt.«